

# JAHRESBERICHT

forum-  
menschenrechte.de

---

2022



# Inhaltsverzeichnis

NETZWERK FORUM MENSCHENRECHTE UND GEMEINNÜTZIGER VEREIN FORUM MENSCHENRECHTE E.V.....	2
<b>RÜCKBLICK.....</b>	<b>4</b>
<b>AKTIVITÄTEN 2022 .....</b>	<b>6</b>
PUBLIKATIONEN .....	6
VERANSTALTUNGEN .....	7
<b>ARBEITSGRUPPEN DES FORUM MENSCHENRECHTE .....</b>	<b>8</b>
AG ANTIRASSISMUS .....	8
AG ENTWICKLUNG/WIRTSCHAFT.....	9
AG FLUCHT/MIGRATION .....	9
AG FRAUEN/LSBTQI* .....	10
AG SOZIALE RECHTE IN DEUTSCHLAND .....	11
AG KINDERRECHTE.....	12
AG AUßENPOLITIK/MENSCHENRECHTSRAT .....	12
<b>WEITERARBEIT .....</b>	<b>14</b>
<b>ANHANG.....</b>	<b>15</b>
ABKÜRZUNGEN.....	15
MITGLIEDSORGANISATIONEN 2022.....	16
JAHRESRECHNUNG .....	18

# Netzwerk FORUM MENSCHENRECHTE und gemeinnütziger Verein Forum Menschenrechte e.V.

Das **Netzwerk FORUM MENSCHENRECHTE** (FMR) wurde auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) im Anschluss an die Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 am 12.01.1994 gegründet.

Es versteht sich als Netzwerk von bundesweit menschenrechtlich aktiven Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit widmet sich das FMR der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte. Es begleitet mit Gesprächen und Stellungnahmen die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher Expert\_innen in internationalen Menschenrechtsgremien.

Im Jahr 2022 zählte das FMR 54 Mitgliedsorganisationen, davon drei Gastmitglieder (vgl. Liste im Anhang).

Unsere permanenten Arbeitsgruppen (2022): Antirassismus, Entwicklung/Wirtschaft, Flucht/Migration, Kinderrechte, Rechte von Frauen und LSBTI\*, soziale Rechte in Deutschland, UN-Menschenrechtsrat/Außenpolitik) bilden das inhaltliche Rückgrat und die Grundlage für die Arbeit des FMR. Alle Mitgliedsorganisationen sind gehalten, ihre Expertise in mindestens einer der permanenten Arbeitsgruppen einzubringen.

Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - ad hoc-Arbeitsgruppen - eingerichtet. Bei regelmäßig (3-4 x pro Jahr)

stattfindenden Plenen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen.

Ein vom Plenum für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis (Ko-Kreis) sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum und Arbeitsgruppen

und ist für die Außendarstellung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2022 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- *Amnesty International Deutsche V.* durch Dr. Julia Duchrow,
- *Brot für die Welt* im EWDE e.V. durch Silke Pfeiffer,
- *Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, BAfF* e.V. durch Elise Bittenbinder,
- *Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband-Gesamtverband* e.V. durch Katrin Frank
- *Kindernothilfe* e.V. durch Frank Mischo
- *PRO ASYL* e.V. durch Günter Burkhardt
- *terre des hommes Deutschland* e.V. durch Jonas Schubert,
- *Vereinte Evangelische Mission* durch Dr. Jochen Motte.

2022 vertraten drei stimmberechtigte Mitglieder – Elise Bittenbinder (BAfF), Prof. Dr. Michael Krennerich (Nürnberger Menschenrechtszentrum) und Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen) – das FMR im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Das FMR ist dem gemeinnützigen **Verein Forum Menschenrechte e.V.** angegliedert. Dieser führt gegen Selbstkostenerstattung die Administration der Arbeit des Netzwerks durch und unterstützt es auch inhaltlich. Vorsitzende des Vereins Forum Menschenrechte e.V. waren 2022 Henriette Engels und Dr. Jochen Motte; für die Finanzen zeichnete Günter Burkhardt als drittes Vorstandsmitglied verantwortlich. Das Forum Menschenrechte e.V. beschäftigt eine Teilzeitkraft in der Geschäftsstelle in Berlin (2022 Beate Ziegler). Es entsendet außerdem eine Beobachterin zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2022 wurde diese Aufgabe von Dr. Silke Voß-Kyeck wahrgenommen.

## Rückblick<sup>1</sup>

Der Bericht vor einem Jahr befasste sich im Wesentlichen mit dem Start der Ampelkoalition und den damit verbundenen Herausforderungen für uns.

Mit diesem Bericht blicken wir auf ein Jahr zurück, indem sich die Grundregeln des solidarischen Zusammenlebens im europäischen Raum nachhaltig verändert haben. Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 prägte unsere Arbeit, besonders in Bezug auf die politischen und humanitären Konsequenzen.

Bereits im Mai hat das FMR bei seinem Frühjahrsplenium die menschenrechtliche Bewertung des Krieges in Hinblick auf eine [gemeinsame Stellungnahme](#) diskutiert, die dann zum 1. Jahrestag des Angriffs auch veröffentlicht werden konnte. Auch im weiteren Verlauf des Jahres bestimmten die Folgen des Krieges, die weltweit zu spüren waren, unsere Agenda.

Nicht nur im Kontext des Ukrainekrieges beschäftigten uns weiterhin Fragen von Flucht und Migration, die Verteilung humanitärer Visa sowie die geplante Neugestaltung der europäischen Asylpolitik. Stärkeres Gewicht bekam auch unsere Arbeit zu menschenrechtlich relevanten sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Verschiebungen in Deutschland.

Der russische Angriffskrieg prägte ebenso die institutionelle Kommunikation auf Ebene der Vereinten Nationen (UN-Vollversammlung, UN-Menschenrechtsrat, UN-Sicherheitsrat) in besonderem Maße. Trotz der Verurteilung des aggressiven Krieges durch Vollversammlung und Menschenrechtsrat blieb der Sicherheitsrat durch die Blockade der Vetomächte China und Russland handlungsunfähig.

Das FMR sieht sich in seiner Auffassung bestätigt, dass die Handlungs(un)fähigkeit der multilateralen Institutionen die humanitäre Krisensituation verschärft. Dabei besorgt uns besonders die erstarkende Position Chinas und dessen Weigerung, sich menschenrechtlichen Aspekten des Zusammenlebens zu verschreiben bzw. seine Versuche, die Arbeit von Menschenrechtsmechanismen zu torpedieren (keine Sonderberichterstattungen, massive Repressionen von NGO – Arbeit etc.).

Bei einem Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock und Innenministerin Nancy Faeser am 9. März 2022 nutzte das FMR die Gelegenheit, Themen, die im Zuge des Angriffskrieges in den Hintergrund getreten waren, anzusprechen. Zu diesen gehörten die katastrophale Situation der Zivilbevölkerung in Afghanistan, vor allem Frauen, sowie der Umgang mit außereuropäischer Migration in die EU.

Die bestehende internationale (Un)-ordnung sah sich zudem mit nationalistischen und rechtsextremen Bewegungen konfrontiert, die zunehmend an Popularität gewannen. Führende Politiker\*innen des Globalen Nordens trugen maßgeblich zur Schwächung universeller Menschenrechte bei. Männer wie Donald Trump, Javier Bolsonaro oder Viktor Orban trugen und tragen weiterhin maßgeblich dazu bei, die Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung einer weltweiten Klimakatastrophe oder der ‚SDGs‘ zu verhindern oder zumindest zu verzögern.

Für unsere weitere Arbeit wird von großem Interesse sein, wie die Bundesregierung in ihrer Sicherheits-, und auch in ihrer Chinastrategie auf diese Herausforderungen reagiert.

Im jährlichen Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock am 29. August schlug das

---

<sup>1</sup> Basiert auf Bericht Ko-Kreis und Vorstand bei der Jahresklausur im Januar 2023

FMR hierzu konkrete Maßnahmen vor.  
Unsere Haltung: Sicherheit kann es nicht geben, wenn Menschenrechte in einer Strategie nur als Wertegrundlage genannt werden und nicht operational in vernetztes politisches Handeln integriert sind!

Dies gilt insbesondere für die Justierung bilateraler Beziehungen zu Staaten unter Einbeziehung der jeweiligen Menschenrechtssituation im Inneren und der dort gegebenen Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft. Hätte man dies bei Russland als ein leitendes Kriterium in den vergangenen Jahren in angemessener Weise mitberücksichtigt, wären schon eher Konsequenzen für die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen gezogen worden - Stichwort *Nordstream II*.

Angesichts steigender Energiepreise und wachsender sozialer Spannungen in Deutschland beschäftigten uns Fragen des inneren Zusammenhalts einer Gesellschaft unter menschenrechtlicher Perspektive. Themen wie die Gefährdung des Rechts auf Wohnen, auf Gesundheit, auf Bildung rückten zunehmend in den Fokus unserer Arbeit, so zum Beispiel als Schwerpunktthema des Herbstplenums

Auch zu diesen Fragen hat Deutschland im Rahmen des *Universal Periodic Review* (UPR) hat Deutschland 75 Jahre nach der Verabschiedung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* die Gelegenheit zu zeigen, wie es Menschenrechte hierzulande gewährleistet, fördert und stärkt.

Die nach jahrelangem Zögern und Verschieben endlich erfolgte Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der sehen wir als Plus auf dem Konto der Ampelkoalition. Wir würdigen das auch in unserem Parallelbericht zum Staatenbericht, den wir im März 2023 vorlegen werden.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie waren auch 2022 bei der Zusammenarbeit innerhalb des Forums Jahr noch zu spüren.. Aufgrund pandemiebedingter Hindernisse konnte z.B. der Ko-Kreis erst im Mai – statt wie üblich im Januar - 2022 neugewählt werden.

Der Ko-Kreis hat sich am 10. Juni 2022 auf einer Sitzung in Hannover neu konstituiert und traf sich am 29. August sowie am 17. und 18. November 2022 zu weiteren Sitzungen bzw. seiner Klausur endlich wieder in Präsenz. Dabei wurden u.a. Projekte für eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit wie die Produktion eines Podcast für das Jahr 2023 auf den Weg gebracht.

Ko-Kreis und Vorstand des e.V. haben darüber hinaus den Prozess der Neujustierung des Verhältnisses der beiden ‚Institute‘ ‚Netzwerk FMR‘ und rechtsfähiger Verein ‚Forum Menschenrechte e.V.‘ weiterverfolgt, um allen haftungs-, vereins- und steuerrechtlichen Anforderungen an unsere Arbeit gerecht zu werden.

### **Welche Zukunft für die Menschenrechte?**

Vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen zum Schutz von Menschenrechten in Deutschland ebenso wie weltweit, wollen wir die Gelegenheit des 75. „Geburtstags“ der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – und des 30. Jahrestags der Wiener Weltmensenrechtskonferenz, dem Gründungsimpuls des Forums, - nutzen, um bei einer Konferenz gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und dem Deutschen Institut für Menschenrechte nach Wegen zu suchen, wie die universellen Menschenrechte in Zukunft verteidigt werden können, welche Rolle wir als Zivilgesellschaft dabei haben und welche Impulse wir von Menschenrechtsverteidiger\_innen und Expert\_innen aus anderen Ländern und Regionen aufnehmen können.

## Aktivitäten 2022

### Publikationen<sup>2</sup>

#### Positionspapiere und Stellungnahmen

März 2022      Behördliche Durchsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Anforderungen aus zivilgesellschaftlicher Sicht (mit CorA, VENRO und Initiative Lieferkettengesetz)

Dezember 2022      Gemeinsames Statement von 35 Organisationen zur geplanten Instrumentalisierungsverordnung

#### Pressemitteilungen

26.01.2022      „Keine populistische Verengung von Freiheitsrechten“

02.02.2022      „UN-Menschenrechtsrat muss Krieg in der Ukraine verurteilen“

29.08.2022      „Jetzt erst recht: Menschenrechte in Deutschland und weltweit stärken“

11.11.2022      „FMR begrüßt Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt“

09.12.2022      „Zum Tag der Menschenrechte: Menschenrechte sichern“

#### Berichte vom MMR

April 2022      49. Sitzung

Juli 2022      50. Sitzung

Oktober 2022      51. Sitzung

---

<sup>2</sup> Alle Publikationen auch unter <https://www.forum-menschenrechte.de>

## Veranstaltungen

### Politische Gespräche<sup>3</sup>

09.03.2022	Gespräch mit Außenministerin Baerbock und Innenministerin Faeser zu humanitären Visa und Bundesaufnahmeprogramm
07.07.2022	Parlamentarisches Frühstück der AG Rechte von Frauen und LSBTI* zur Umsetzung des AGG
28.08.2022	Gespräch mit Außenministerin Baerbock und Menschenrechtsbeauftragter Amtsberg mit Übergabe von Aide Mémoires
Ganzjährig	Vertreter_innen des Koordinationskreises und der Arbeitsgruppen nahmen darüber hinaus an zahlreichen Fach- und Lobbygesprächen mit Politiker_innen und Tagungen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (siehe Berichte aus den Arbeitsgruppen).

### Interne Veranstaltungen (Plena)

20./21.01.2022	Jahresklausur digital, Themenschwerpunkte: Neuer Bundestag, neue Bundesregierung, Afghanistan, Klimakrise
09.05.2022	Plenum, Themenschwerpunkt: Menschenrechtliche Implikationen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
13.10.2022	Plenum, Themenschwerpunkte: Ukraine, Afghanistan, Armutspolitik und drohende soziale Verwerfungen in Deutschland. Soziale Rechte in Deutschland <sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Siehe auch AG-Berichte im Folgenden



# Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE

## AG Antirassismus

Mitglieder: Amnesty international, Bahá'í-Gemeinde, Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonie Deutschland

AG-Sprecher: Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland

([johannes.brandstaeter@diakonie.de](mailto:johannes.brandstaeter@diakonie.de))

Von der Bundesregierung gab es im Nachwahljahr keine größeren Aktivitäten, sondern eine interne Neuorganisation: es wurde das Amt einer Antirassismusbeauftragten geschaffen, das personenidentisch zur per Aufenthaltsgesetz mandatierten Integrationsbeauftragten mit Reem Alabali-Radovan besetzt wurde.

Am 12. Januar stellte die Beauftragte ihren turnusmäßigen „Lagebericht“ an den Bundestag als „Lagebericht Rassismus“ vor. Der Bericht zur „Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, früher einmal verkürzt "Ausländerlagebericht" genannt, stellt nach §94 AufenthG eines der zentralen "Amtsbefugnisse" der Integrationsbeauftragten des Bundes dar. Erstmals hat der Lagebericht einen thematischen Schwerpunkt, Rassismus in Deutschland. Zum ersten Mal wird die Bundesregierung damit, zumindest formell, dem Erfordernis zur expliziten Rassismusberichterstattung nach UN-Antirassismuskonvention gerecht; inhaltlich bleibt der Bericht aus Sicht der AG allerdings dünn, der Umfang beträgt nur ein Viertel dessen, was Lageberichte sonst ausmachen.

Von CERD liegt noch keine Bewertung des deutschen Staatenberichts zur UN-Antirassismuskonvention vor.

Das Forum gegen Rassismus wurde von der neuen Bundesregierung noch nicht wiederbelebt, es soll aber noch geschehen – unklar ist das Format.

Ausblick 2023

Folgende Themen stellen sich in Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag:

- „Bundespartizipationsgesetz“ mit Forderungen u.a. nach der Quote auf Bundesebene
- Racial Profiling und rassistische Polizeigewalt – Umsetzung der Forderungen von ECRI an Deutschland
- Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Streitpunkt Doppelpass und der drohenden Schaffung eines Registers von Staatsangehörigen zweiter Klasse.
- Rassismusbegriff in Artikel 3 Grundgesetz: in der Fachdiskussion geht es um ein Staatsziel, das ähnlich wie bei den Merkmalen Geschlecht und Behinderung Gleichstellungsmaßnahmen zum Gebot macht und damit die Bekämpfung struktureller rassistischer Diskriminierung ermöglicht.

## AG Entwicklung/Wirtschaft

Mitglieder: Amnesty International, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, FIAN Deutschland, Germanwatch, Peace Brigades International, terre des hommes, Urgewald

AG-Sprecher: Jonas Schubert, terre des hommes ([j.schubert@tdh.de](mailto:j.schubert@tdh.de))

Die AG hat sich zwei Mal getroffen und u.a. folgende Themen bearbeitet:

- Berichterstattung für den UN-Sozialpakt: Input der AG beim Kick-off-Treffen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Berichterstattung Deutschlands über die Umsetzung des UN-Sozialpakts (9. September 2022).
- Pressemitteilung zur Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt am 11. November 2022
- Gemeinsam mit VENRO, Initiative Lieferkettengesetz und CorA Veröffentlichung des Anforderungspapiers „Behördliche Durchsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes“ (März 2022).
- Input zur Jahrestagung des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany (10.11.2022): Eine Menschenrechtsperspektive auf Spillover-Effekte deutscher Politik im Kontext der Erreichung globaler Nachhaltigkeitsziele.
- Lobby-Arbeit für eine ambitionierte Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland, vor allem durch Mitarbeit in spezifischen Arbeitszusammenhängen wie der AG Sorgfalt mit CorA, dem CSR-Forum oder der Initiative Lieferkettengesetz.

## AG Flucht/Migration (neu)

*Die bisherige AG Innen hat sich bei ihrem Treffen am 7. September in AG Flucht & Migration unbenannt. Dies entspricht der Schwerpunktsetzung der AG in den letzten Jahren.*

Mitglieder: Amnesty International, BAfF, BAG Asyl in der Kirche, BUMF, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland, DRK, EKD, KOK, PRO ASYL

AG-Sprecher: Günter Burkhardt, PRO ASYL ([gb@proasyl.de](mailto:gb@proasyl.de))

Zu Beginn des Jahres hat die AG Begrüßungsschreiben des Ko-Kreises für die einschlägigen Minister\*innen der neuen Bundesregierung zum Themenbereich Flucht & Migration mitverfasst. Im Spätsommer/Herbst wurden dann erneut Gesprächsanfragen gestellt, um circa ein Jahr nach der Wahl über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu sprechen. Arbeitsgruppenübergreifend war das Thema „Aufnahme aus Afghanistan“ immer wieder ein Thema, gerade im 1. Halbjahr.

Am 1. November traf die AG die Staatsministerin und Beauftragte für Integration und Flüchtlinge Reem Alabali-Radovan. Das Gespräch drehte sich um die aktuelle Aufnahmesituation und den politischen Diskurs in Deutschland, gerade auch angesichts der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz von Anfang November. Ein weiteres Thema war das neue Asylprozessrecht in Deutschland. Hier ging es des Weiteren um einen neuen Vorschlag zur Beschleunigung der Asylverfahren und der Asylprozesse, der das Sonderprozessrecht für Schutzsuchende verschärft statt es abzuschaffen.

Am 10. November fand ein Termin zwischen der AG und Staatssekretär Krösser im Bundesinnenministerium statt. Schwerpunkt des Gesprächs war die Instrumentalisierungsverordnung, die zu dem Zeitpunkt intensiv in Brüssel verhandelt wurde und die aus Sicht der Mitgliedsorganisationen einen schwerwiegenden Angriff auf Flüchtlingsschutz und Menschenrechte darstellt. Anstatt gegen die Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen vorzugehen, würde die Verordnung diese legitimieren und den Ausnahmezustand rechtlich zementieren. Asylverfahren könnten zeitlich ausgesetzt werden, Menschen de facto inhaftiert werden. Damit steht nicht nur der Zugang zum Asylrecht, sondern auch zum Rechtsstaat zur Disposition. Dies wurde von

Seite des Forums auch im Gespräch deutlich gemacht. Außerdem wurde über aktuelle deutsche Gesetzgebungsverfahren gesprochen.

Am 23. November war die AG dann im Bundestag für ein Treffen mit dem Innenausschuss, um sich mit den Abgeordneten über Gesetzgebung in Deutschland und Europa auszutauschen. Hier wurde über das Chancen-Aufenthaltsrecht, Asylprozesse sowie Seenotrettung und die Instrumentalisierungsverordnung gesprochen. Als besonderen Gast hat die AG den Präsidenten des Verwaltungsgerichts Braunschweig a.D., Herrn Bartsch, eingeladen, um aus seiner Sicht über die problematischen Aspekte des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylprozesse darzustellen. Trotz der fundierten, auch praxisorientierten Kritik wurde das Asylprozessrecht geändert.

Aus der AG entstand zudem die Initiative eines gemeinsamen Statements gegen die Instrumentalisierungsverordnung, das maßgeblich von Mitgliedern der AG geschrieben und organisiert wurde. 35 Organisationen – viele aus dem FORUM MENSCHENRECHTE – veröffentlichten zwei Tage vor der geplanten Abstimmung einen [Appell an die Bundesregierung](#), gegen die Verordnung zu stimmen. Der Einsatz zeigte einen ersten Erfolg: Die Abstimmung im Rat am 8. Dezember fand nicht statt, da es keine Mehrheit im Rat für den Vorschlag gab.

#### AG Frauen/LSBTQI\*

Mitglieder: Amnesty International, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Frauenrat, Gesellschaft für Freiheitsrechte, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – IFFF/WILPF, LSVD, medica mondiale, pro familia.

AG-Sprecherin: Katrin Frank, Der Paritätische – Gesamtverband ([faf@paritaet.org](mailto:faf@paritaet.org))  
Nach über 15 Jahren hat sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eine Evaluation und Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vorgenommen. Damit das Gesetz endlich wirksamen Schutz gegen Diskriminierung bietet, muss eine

solche Reform wichtige und dringend überfällige Änderungen bringen. Die AG hat deshalb am 7. Juli 2022 ein Parlamentarisches Frühstück veranstaltet. Lea Beckmann, Rechtsanwältin und Verfahrenskoordinatorin bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF) und Horst Frehe, Mitglied im Vorstand bei der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. (ISL), hatten einen kurzen Input zum Reformbedarf des AGG vorbereitet. Im Schwerpunkt ging es um folgende Themen: die Erweiterung des Anwendungsbereichs des AGG auf die öffentliche Verwaltung, eine deutliche Verlängerung der rechtlichen Fristen zur Durchsetzung von AGG-Ansprüchen, die Möglichkeit für Verbandsklagen und Prozesstandschaft sowie die mögliche Anpassung an die UN-Behindertenrechtskonvention. Die Begrüßung hatte die Bundestagsabgeordnete Katrin Helling-Plahr, rechtspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, übernommen. Insgesamt hatten sich rund 50 Personen angemeldet.

Besonders erfreulich war, dass an dem Frühstück auch die in der Ampelfraktion verantwortlichen sonstigen Fachpolitiker\*innen wie Awet Tesfaiesus, Kaweh Mansoori und Ulle Schauws unter den Teilnehmenden waren.

Vorbereitung des Termins mit BMin Baerbock:

Am 29. August 2022 fand ein Treffen des Forum Menschenrechte mit BMin Annalena Baerbock statt. Einer der vom AA benannten Austauschpunkte war das Thema feministische Außenpolitik. Sara Fremberg von medica mondiale machte den fachlichen Input dazu. Die AG tauschte sich im Vorfeld hierzu aus.

Vorbereitung UPR-Verfahren 2023:

Die AG erarbeitete gemeinsame Eingaben für die Stellungnahme des Forums zum UPR-Verfahren 2023.

## AG Soziale Rechte in Deutschland (neu)

*Die AG in Gründung hat sich am 21.11.2022 und am 11.01.2023 virtuell getroffen.*

Mitglieder: Der Paritätische-Gesamtverband, GFF e.V., ISL e.V., NMRZ, KOK e.V., PRO ASYL e.V.

AG-Sprecher: Michael Gerr, ISL e.V.  
[kontakt@michael-gerr.de](mailto:kontakt@michael-gerr.de)

Es gibt verschiedene Anliegen, zu denen wir unter Anknüpfung an den menschenrechtlichen Diskurs arbeiten wollen, wo auch zahlreiche Querverbindungen – untereinander und zu weiteren wsk- Rechten -gezogen werden können.

- Recht auf Gesundheit (Bsp. Zugang zu Versorgung für Undokumentierte und andere Personen ohne KV)

- Recht auf Nahrung (Bsp. satt ist nicht gesund)
- Recht auf Wohnen (Qualität der Unterbringung – auch für Geflüchtete, Wohnungslose (auch Frauen\*), Sozialhilfe-Empfangende – in diesem Zusammenhang auch das Recht auf Familienleben und Recht auf Gewaltfreiheit.

Ziele für 2023:

- Mitarbeit am UPR-Bericht
- Neben UPR- und wsk-Staatenbericht wollen wir uns erstmal ein gemeinsames Verständnis aneignen. Ein erstes inhaltliches Treffen ist geplant, bei dem verschiedene Dimensionen/einzelne Aspekte zum Recht auf Wohnen zusammentragen und Problembereiche aus mr-Perspektive vergegenwärtigt werden

sollen -> Ergebnis könnte ein Schaubild/Poster sein, das wir dann didaktisch nutzen.

- Mittelfristig sind Stellungnahmen (z.B. wo ist der Unterschied zu Unterbringung und Wohnen) möglich.

## AG Kinderrechte

Mitglieder: Deutsches Kinderhilfswerk, ‚National Coalition Deutschland‘, terre des hommes.

Interims-AG-Sprecher: Thomas Berthold, terre des hommes ([t.berthold@tdh.de](mailto:t.berthold@tdh.de))

Die AG hat für das Jahr 2022 keinen Bericht vorgelegt.

## AG Außenpolitik/Menschenrechtsrat

Mitglieder: Amnesty, Brot für die Welt, DGVN, Heinrich Böll Stiftung, HRW, justitia et pax, MISEREOR, NMRZ, pbi, Reporter ohne Grenzen, urgewald, VEM, Silke Voß-Kyeck (MRR-Beobachtung)

AG-Sprecher: Jochen Motte, Vereinte Evangelische Mission ([jpica@vemission.org](mailto:jpica@vemission.org))

Ein Ziel der AG war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR auf der Grundlage der Berichte der durch das FMR beauftragten Beobachterin Dr. Silke Voß-Kyeck. Im Jahr 2022 war erstmals nach Corona auch wieder eine Begleitung in Präsenz in Genf bei den Sitzungen des Rates möglich.

Einer der Schwerpunktthemen der AG war der Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen. Anliegen dazu wurden im Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock am 29. August 2022 vorgetragen und diskutiert. Über eine Kleingruppe bearbeitet die AG ferner Fragen im Zusammenhang mit dem Schutzprogramm

der Elisabeth-Selbert-Initiative. Ein angestrebtes Gespräch mit der Beauftragten für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe Luise Amtsberg, das krankheitsbedingt verschoben werden musste, ist für Februar 2023 terminiert.

Weitere Themen der AG waren die geplanten Sicherheits- und Chinastrategien der Bundesregierung, die ebenfalls beim Gespräch des FMR mit der Außenministerin erörtert wurden. Daneben beschäftigte sich die AG auch mit den Entwicklungen im Sicherheitsrat und der Vollversammlung der VN sowie mit dem Themenkomplex Klima und Menschenrechte.

Die für das Jahr 2020 geplante und dann auf 2022 verschobene Reise des FMR nach Genf in Zusammenarbeit mit der FES musste aufgrund der Corona Krise nochmals verschoben werden und ist nun für September 2023 anvisiert.

Die AG hat 2022 insgesamt dreimal getagt.

Mitglieder der AG haben außerdem an einem Austausch mit der Leitung des Menschenrechtsreferates im AA, Jens-Christian Gaedtke und Dr. Thomas Seidel am 20. Oktober 2022 in Berlin teilgenommen. Dabei

wurde über deutsche Prioritäten und Vorhaben im MRR berichtet, wobei Russland und China und dazu angestrebte Resolutionen in der Herbstsitzung von

besonderem Interesse waren. Während die Resolution zu Russland angenommen wurde, fand die zu China keine Mehrheit.

## Weiterarbeit

Im Zentrum der Arbeit steht 2023 voraussichtlich die Vorbereitung der Jubiläumsveranstaltung zum 75. ‚Geburtstag‘ der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die für 29. und 30. November geplant ist.

Auch dort wollen wir 30 Jahre nach der Gründung des FMR nach Wegen zu suchen, wie die universellen Menschenrechte auch in Zukunft verteidigt werden können und welche Rolle wir als Zivilgesellschaft dabei national und international haben.

Auch die Weiterarbeit am Forums-Podcast „Menschenrechte vernetzt“ (Arbeitstitel) als neuem Format unserer Öffentlichkeitsarbeit reiht sich ein in unsere „Jubiläumsaktivitäten“.

Darüber hinaus führen die bestehenden Arbeitsgruppen ihre Arbeit mit den in ihren Berichten benannten Schwerpunkten weiter.

Aktuelle Themen sind unter anderen:

- Bundesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte
- GEAS
- Klima und Menschenrechte (COP 28)
- Selbstbestimmungsgesetz
- Erstarken demokratiefeindlicher Kräfte in Europa
- Rassismus in Deutschland
- EU-Lieferkettengesetz
- Soziale Rechte in Deutschland
- China- und Nationale Sicherheitsstrategie

Auf der Agenda steht auch die praktische Umsetzung der qua Satzungsänderung erfolgten organisatorischen Neujustierung des Verhältnisses von Netzwerk FMR und Verein Forum Menschenrechte e.V. bei deren jeweiligen Aktivitäten.

Nicht zuletzt bleibt angesichts der Bedrohung von menschenrechtlichen Standards auch in EU-Mitgliedsstaaten eine bessere Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen in anderen europäischen Ländern ein großes Anliegen.

Die lange verschobene Genf-Reise soll auch für weitere Vernetzungsaktivitäten in und rund um UN-Menschenrechtsgremien und -mechanismen genutzt werden.

## Anhang

### Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CERD	für die Überprüfung der Einhaltung der „ICERD“ (s.u.) zuständiger UN-Ausschuss
COP	Conference of the Parties (Vertragsstaatenkonferenz)
CSR	Corporate Social Responsibility
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
ECRI	European Commission Against Racism and Intolerance
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
ICERD	International Convention on the Elimination of all forms of Racial Discrimination
IMK	Innenministerkonferenz
MRR	UN-Menschenrechtsrat
NAP	Nationaler Aktionsplan
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßiges Staatenüberprüfungsverfahren des MRR)



## Mitgliedsorganisationen 2022

1. Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT Deutschland e.V.)
2. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)/pbi
3. Amnesty International Deutschland e.V.
4. Baha'i-Gemeinde Deutschland K.d.ö.R.
5. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
6. Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.
7. Bundesweite AG der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF)
8. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK)
9. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
10. Deutsche Kommission Justitia et Pax
11. Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
12. Deutscher Frauenrat – Lobby der Frauen in Deutschland e.V.
13. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
14. European Center for Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR)
15. EWDE – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. mit den Teilwerken Brot für die Welt und Diakonie Deutschland
16. FIAN Deutschland e.V. FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN)
17. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES)
18. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
19. Germanwatch e.V.
20. Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
21. Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF)
22. Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
23. Human Rights Watch (HRW)
24. Humanistische Union e.V. (HU)
25. Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)
26. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
27. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
28. Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V. (missio Aachen)
29. IPPNW e.V.
30. JUMEN e.V. – Juristische Menschenrechtsarbeit in Deutschland (JUMEN)

31. Kindernothilfe e.V. (KNH)
32. Kommission für Menschenrechte – Freiburger Anwaltverein e.V.
33. Konrad Adenauer Stiftung e.V. (KAS)
34. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. (LSVD)
35. medica mondiale e.V.
36. missio - Internationales Katholisches Missionswerk Ludwig  
Missionsverein KdöR (missio München)
37. National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-  
Kinderrechts-konvention e.V. (NC)
38. Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V. (NMRZ)
39. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ e.V.
40. Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
41. pax christi Deutsche Sektion e.V.
42. PRO ASYL e.V.
43. pro familia Bundesverband e.V.
44. Reporter ohne Grenzen e.V.
45. Survival International Deutschland e.V.
46. TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V. (TDF)
47. terre des hommes Deutschland e.V. (tdh)
48. urgewald e.V. – Anwalt für Umwelt und Menschenrechte
49. Vereinte Evangelische Mission (VEM)
50. Werkstatt Ökonomie e.V. (woek)
51. Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW)
52. Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)
53. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

# Jahresrechnung

## Netzwerk FMR

Bestand		per 01.01.2022	per 31.12.2022
		0,00	5.509,99
<b>E I N N A H M E N</b>		<b>WP2022</b>	<b>Ist 2022</b>
8000	Mitgliedsbeiträge 2022	95.000,00	100.800,00
<b>Summe</b>			
<b>Einnahmen</b>		<b>95.000,00</b>	<b>100.800,00</b>

A U S G A B E N		WP 2022	Ist 2022
<b>Kostenerstattung e.V.</b>			
1360		81.000,00	95.000,00
<b>Projekte</b>			
5003	Veranstaltungen	1.500,00	0,00
5004	weitere Projekte (Ags, Parallelberichte etc.)	7.000,00	933,40
	Lobbyarbeit (inkl Allianz Rechtssicherheit, Initiative		
5005	Lieferkettengesetz)	5.000,00	100,00
5010	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	500,00	0,00
<b>Versicherungen NEU!</b>			
4980			97,65
<b>Kosten Geldverkehr</b>			
4970		100,00	158,81
<b>Ausgaben insgesamt</b>		<b>95.000,00</b>	<b>96.289,86</b>

Verein Forum Menschenrechte e.V.

<b>Bestand per 01.01.2022</b>	Girokonto: 71.168,63 Barkasse: 345,65	
<b>Bestand per 31.12.2022</b>	Girokonto 121.845,67 Barkasse 320,56	
<b>E I N N A H M E N</b>	<b>WP2022</b>	<b>Einnahmen 2022</b>
Kostenerstattungen/Zuwendungen	80.000,00	95.000,00

<b>A U S G A B E N</b>	<b>WP 2022</b>	<b>Ist 2022</b>
<b>Personalausgaben</b>		
<b>Geschäftsstelle</b>		
4120/4130 Lohn und SV-Beiträge	40.000,00	35.938,88
4135 Lohnsteuer	4.000,00	2.682,42
4138 Berufsgenossenschaft	100	112,63
4170 Vermögenswirksame Leistungen	480,00	480,00
<b>Praktikant_innen</b>		
4126 Praktikumsvergütungen	1.000,00	1.350,00
4131 Beiträge Bundesknappschaft	500,00	422,31
<b>Künstlersozialabgabe</b>		
4132 Künstlersozialabgabe	100,00	110,88
<b>Sächliche Verw.ausgaben</b>		14.539,30
<b>Projekte</b>		
5001 MRR-Beobachtung	20.000,00	17.779,71
5020 Plena inkl. RK Büroleitung und Referent_innen	5.000,00	2.870,90
5030 Ko-Kreis inkl. RK Büroleitung	600,00	1.760,10
<b>Summe</b>	<b>71.780,00</b>	<b>78.047,13</b>

# IMPRESSUM

**August 2023**

**Herausgeber:**

Forum Menschenrechte e.V.

**Redaktion:**

Beate Ziegler

**Adresse:**

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

[www.forum-menschenrechte.de](http://www.forum-menschenrechte.de)

**Kontakt:**

[kontakt@forum-menschenrechte.de](mailto:kontakt@forum-menschenrechte.de)